

Arroganz als "Basis" - Demokratie als Fragment

Beitrag der LHG

Es war wohl auch nicht anders zu erwarten: Die FSK kastriert die "Asta"-Opposition und wäscht dann ihre Hände in basisdemokratischer Unschuld. Schließlich: Sie nennt sich "basisdemokratisch", also ist sie es auch, und weil die FSK per definitionem basisdemokratisch ist, kann es keine Opposition geben. So einfach geht das also: Die CDU nennt sich christlich, also ist sie es und damit bekommt auch das CDU-Regierungsprogramm den göttlichen Segen. Und der FDGB der ehemaligen DDR nannte sich frei, also konnte jeder dort seine Meinung sagen und weil dort keine kritischen Stimmen zu hören waren, gab es sie einfach nicht. Tolles Demokratieverständnis.

So kehrt "Moni" im vergangenen Unimut dann auch geflissentlich unter den Tisch, daß die FSK nur knapp die Mehrheit im "Asta" errungen hat - um genau zu sein: 49,4% der ohnehin wenigen Wähler haben die FSK nicht gewählt. Da mag "Moni" noch so sehr von einer deutlichen Mehrheit für die FSK reden, Tatsache bleibt: Die FSK ist weit davon entfernt, einen Konsens unter Studierenden herzustellen. Und das, obwohl sie seit zwei Jahren die Rechte der Opposition kastriert hat und zudem per vom "Asta"-Etat finanzierten Unimut (Zeitung der FSK!) fast ein Meinungsmonopol geschaffen hat. Basis, für die FSK scheint das nur die Hälfte der Wähler zu sein, die ihr politisch in den Kram paßt.

Natürlich, zu den Sitzungen der FSK kann jeder hinkommen und mitreden. Doch für die Sitzungen der LHG gilt das gleiche. Jeder ist eingeladen, kann mitreden und Vorschläge machen. Der Knackpunkt ist ein anderer: Das Stimmrecht. Und genau das verwehrt die FSK den Oppositionsgruppen. Ohne Stimmrecht aber sind die Einflußmöglichkeiten gering - was die FSK selbst häufig genug betont. Dann nämlich, wenn sie beklagt, daß die wenigen Studierenden in den Universitätsagremien gegen die Professoren doch nichts ausrichten können. Doch wo sie selbst etwas von ihrer Macht abgeben soll, dort mauert sie und erlugnet ihre eigenen Argumente.

Die jüngste "Asta"-Sitzung setzt da dem ganzen nur noch die Krone auf. Keiner der Kandidierenden hielt es für nötig, sich und seine Ziele vorzustellen - sie verlasen allesamt einen Text mit dem einzigen Inhalt, daß die Rechte des "Asta"s im Vergleich zu anderen Bundesländern eingeschränkt sind. Als ob die anderen Gruppen das nicht auch wüßten. Der "Asta"-Vorstand und alle Referenten werden von FSKlern besetzt - von einer Einbindung der 49,4% Andersdenkenden kann keine Rede sein. Über die Anträge der LHG wird nicht beraten, sondern sie werden "mit Nichtbefassung abgeschmettert", wie es die FSK in einem internen Papier nennt. Darunter ein Antrag, der Offenlegung der Finanzen und damit die Kontrollierbarkeit der FSK-Politik fordert.

Und wieder das gleiche Argument der FSK: "Ihr könnt ja zu uns kommen". Natürlich, aber die FSK präsentiert ja nicht einmal sich selbst einen Finanzbericht - da wird einfach drauflos entschieden. Nach einem halben Jahr ist das Geld alle, dann gibt es nichts mehr und nach einem Jahr wird aufgelistet, daß unter den Punkten Öffentlichkeitsarbeit, Antifaschistische Arbeit und Autonomes Frauen- und Lesbenreferat Geld ausgegeben wurde. Tolle Basisdemokratie ist das.

Zugegeben, die FSK hat die absolute Mehrheit und an ihr geht letztlich kein Weg vorbei. Doch mit den Stimmen der Oppositionsgruppen kann es für Positionen Mehrheiten geben, die allein in der FSK keine Mehrheit finden. Und Konfliktpunkte gibt es eine ganze Reihe: Muß ein Frauenreferat autonom und lesbisch sein? Warum gibt es ein Referat für Antifaschistische Aufklärung (was immer das sein mag) und kein Sozial- und kein Kulturreferat? Warum wurden fast 4000 DM für eine Publikation ausgegeben, bei der sich u.a. die "Zusammenlegungsinitiative Heidelberg" als Vertretung aller politischen Kämpfenden (gemeint ist die RAF) darstellt? Warum wurden über den Asta-Etat die "Schwarz-Roten Tage" finanziert, die unter dem Motto standen: "Linke suchen linke Utopien"?

Trotzdem, es gibt nicht nur Gegensätze zwischen FSK und LHG, sondern auch eine Reihe Gemeinsamkeiten. Und bei allen Unterschieden im Grundsätzlichen kann und will die LHG zusammenarbeiten, wo es möglich ist. Beispiele gibt es genug: Verhandlungen mit dem Rektorat, sich für eine Bewertung der Lehre stark zu machen, Verhandlungen mit dem Verkehrsverbund über ein "Studi-Ticket", Verhandlungen mit der Stadt über ein besseres Radwege-Netz, Verhandlungen mit Professoren über ein erweitertes Studium generale oder die Mittelverteilung im Sport- und Musikprogramm.

Und es sieht im Moment so aus, als ob auch die FSK Interesse an einer fairen Zusammenarbeit hat. Doch bei allem Optimismus, gerade wenn es um praktische Politik geht, setzt die FSK ein Projekt nach dem anderen in den Sand, sei es beim Gesprächskreis Universität-Stadt, der ohne die verfeimten Oppositionsgruppen nie in den Gemeinderat gekommen wäre, sei es beim ersten Gespräch mit Beate Weber, das ohne Jusos und LHG ausgegangen wäre wie das Hornberger Schießen, sei es beim "Studi-Ticket", wo es die FSK nicht einmal geschafft hat, zwei Arbeitskreise unter einen Hut zu bringen. Aber wer weiß, vielleicht lernt die FSK ja auch aus ihren Fehlern.

Für die LHG: Jens Parré, Achim Lienke



Kontrapunkt

Kurze Antwort des Kommunalreferats

Das Kommunalreferat der FSK will im folgenden auf den Beitrag von Achim Lienke antworten, da unserer Meinung nach ein offener Disput zwischen den hochschulpolitischen Gruppen und der FSK - der auch im UNIMUT dringend notwendig ist - nur sinnvoll geführt werden kann, wenn die Lesenden die Möglichkeit haben, die verschiedenen Positionen im Vergleich wahrzunehmen. Bei einer Antwort, die erst im nächsten UNIMUT in zwei Wochen erscheinen würde, wäre wohl den meisten LeserInnen der Inhalt des LHG-Artikels nicht mehr so vor Augen, wie es notwendig ist, um eine eigene Position entwickeln zu können.

Wir beschränken uns jedoch auf einige Richtigstellungen:

1. Runder Tisch : Die LHG nimmt den Runden Tisch für sich in Anspruch. Dies tut sie zu unrecht. Nach der Wahl von B.Weber zur OB wurde auf einer Mitgliederversammlung der Grünen aufgerufen, in den Gruppen, in denen man sich engagiert, für "Runde Tische" in der Stadt einzutreten. Dies wurde durch das Kommunalreferat in die FSK eingebracht, das daraufhin einen ausführlichen Brief an B.Weber schrieb, in dem es um die Einrichtung eines Runden Tisches zwischen Universität und Stadt ging. Dieser Brief wurde unter anderem auch an die Hochschulgruppen (darunter die LHG) zur Kenntnisnahme verschickt.

Einige Wochen später schreibt A.Lienke (?) in der RNZ einen Artikel mit der Überschrift "LHG fordert Runden Tisch zwischen Uni und Stadt" und zum Teil wortwörtlich übernommenen Argumenten. Was zutrifft, ist, daß der Vorschlag ohne ein Nachhaken der LHG nicht so schnell verwirklicht worden wäre, was ja für eine Zusammenarbeit spricht.

Was das Gespräch mit B.Weber betrifft, weiß wohl nur Achim Lienke selbst, wie er zu seiner Einschätzung kommt - nach dem Motto: Wenn man Dreck hinschmeißt, wird schon was hängenbleiben.

2. Studiticket - ein Projekt der LHG? Vor ein paar Wochen schon in der RNZ: "Das von der FDP ins Gespräch gebrachte Studi-Ticket...". Auch dies stimmt mit der Wahrheit nicht überein. Das Thema (eine Idee der Stuttgarter Fachschaftskonferenz FaVeVe) ist in der FSK seit einhalb Jahren in der Diskussion.

Trotz zweier AK's, die zugegebenermaßen etwas unkoordiniert arbeiteten, ist die FSK in den Verhandlungen zwischen Uni und Verkehrsbetrieben eingebunden; Was an konkreter Arbeit läuft, steht in dieser Ausgabe von UNIMUT.

3. Ein Kulturreferat existiert (mit vier ReferentInnen). Es organisierte z. B. im letzten Semester die "Offene Bühne". Was eine Alternative zu einem Frauen- und Lesben- bzw. zu einem Antifaschismus-Referat sein könnte, ist uns schleierhaft: Etwa ein Männer- bzw. ein Faschistenreferat?

Für das Kommunalreferat: Peter Siller, Christian Weiss



Seit einiger Zeit wird von Politikern - mit Unterstützung der Medien - eine zunehmende Erderohrung der einheimischen Bevölkerung der BRD durch Flüchtlinge heraufbeschworen. Angeblich wird die Aufnahmekapazität des Landes überschritten.

Ab Mitte der 50er Jahre wurden AusländerInnen von der deutschen Regierung angeworben. Die Gastarbeiter haben entscheidend zum Aufbau der Wirtschaft beigetragen. Der Nutzen, den der Staat z.B. durch Steuer- und Rentenbeitragszahlungen dieser Arbeitnehmer hat, wird aber kaum erwähnt. So zahlten im Jahre 1990 ausländische Arbeitnehmer ca. 12,8 Milliarden DM an die Rentenversicherung, ihre Bezüge betragen aber nur ca. 3,7 Milliarden.

Die Flüchtlinge, die in der Bundesrepublik Schutz suchen, werden heutzutage mit Ausdrücken wie "Asylbetrüger", "Wirtschaftsasylanten" und dergleichen tituliert. Die wahren Hintergründe für das millionenfache Flüchtlingselement werden ausgeblendet. Diktatorische Regime, Unterdrückung und Bürgerkriege treiben Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Dabei sind Kolonialismus und Imperialismus die eigentlichen Gründe für Armut, Hunger und ungerechte Machtverhältnisse. Die Entwicklung der "Neuen Weltordnung" des Kapitalismus bedeutet nach ihrem barbarischen Anfang im Golfkrieg die Unterstützung der Diktatur und Diktatoren. Da die BRD an entscheidender Stelle in dieses System eingebunden ist, darf sie Flüchtlingen nicht die Aufnahme verweigern und ist

verpflichtet, die Ursachen zu beseitigen. Statt dessen liefert sie Waffen und Kapital in alle Welt. Neuestes Beispiel für diese Politik sind die in Hamburg entdeckten, als landwirtschaftliche Geräte getarnten, Panzer für Israel. Staatliche Ausländer-/Asylpolitik ist bewußte Ablenkung von eigenen sozialen Problemen wie Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Von den Rechten ist die Ideologie der Politiker verstanden und umgesetzt worden. Die Anschläge auf Asylantenwohnheime sind Resultat dieser Entwicklung. Dazu kommt, daß rechte Parteien wie die FAP und die NPD in ihrer Propaganda öffentlich für die Vertreibung der Flüchtlinge von "deutschem Boden" agieren. Das geflügelte Wort der Faschisten "Die Juden sind an allem schuld" wird auch auf die Ausländer gemünzt. Die Opfer-Täter-Relation verkehrt sich in ihr Gegenteil. Der gesetzliche Rahmen zur Anerkennung von Asylgründen ist schon jetzt eng gesteckt. Derzeit erfüllt nur ein geringer Prozentsatz der Antragsteller die Kriterien der politischen Verfolgung gemäß Artikel 16 des Grundgesetzes, obwohl selbst nach einem Bericht der Innenministerkonferenz vom April 1988 die meisten der abgelehnten Asylbewerber nicht in ihr Heimatland zurückkehren konnten, weil dort Gefahren für Leben und Freiheit bestanden hätten. Die neuen Bestimmungen vom Januar dieses Jahres umfassen ein Maßnahmenpaket, das das Grundrecht auf Asyl faktisch außer Kraft gesetzt hat. Zu den Restriktionen, denen Asylbewerber ausgesetzt sind, gehören:

- Arbeitsgenehmigung nur, sofern kein(e) Deutsche(r) die Stelle übernehmen will (faktisch Schwerst- und Billiarbeit)
- ständige Bedrohung durch Abschiebung
- rücksichtslose Verteilungspraxis
- Beschränkung des Aufenthaltsortes
- Ghettoisierung in Kasernen und Sammelagern

Inzwischen hat sich in der Bevölkerung durch die Initiative verschiedener Organisationen und Personen eine Gegenöffentlichkeit gebildet. Sie hat in Aktionen und politischen Kampagnen die Praxis der Ausländerbehörden, die Abschiebung und die Verschärfung des Ausländerverfahrgesetzes verurteilt. Neben Versuchen zu konkreter Hilfe und dem Ruf nach Humanität dürfen aber die tatsächlichen Ursachen des Flüchtlingselementes nicht vergessen werden.

Daher fordern wir:

- Schluß mit der Unterstützung der diktatorischen Regime durch die BRD
- keine Verschärfung der Artikel 16 u. 19 des Grundgesetzes
- Unterstützung einer humanen Asylpolitik
- Zivilcourage bei rechtsextremen Übergriffen
- Toleranz gegenüber Fremden, deren Kultur und Lebensweise

Deutsch-Iranische Initiative gegen Rassismus

Die Herausforderungen annehmen

Kongress zur Verantwortung der Wissenschaft in Berlin

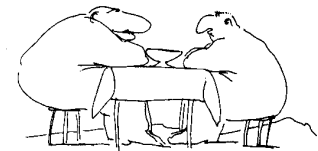
Am letzten Wochenende im November werden sich in Berlin kritische Wissenschaftler aus aller Welt treffen, um über die großen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte zu sprechen und in Arbeitsgruppen Initiativen zu ihrer Lösung voranzutreiben; dabei ist "Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte" nicht beschönigend und respektlos gemeint, wie es oft im Sprachgebrauch unserer Regierungen verwendet wird. Im Gegenteil, unabhängige Wissenschaftler sind aufgefordert, die ungeschminkte Wahrheit aufzuzeigen, die sich nur zu oft hinter den ersten kleinen Verbesserungen verbirgt. Die Wahrheit ist: die Bemühungen zur Entlastung unserer Umwelt sind zu klein dimensioniert, um mit der wirklichen Entwicklung Schritt zu halten (Beispiel: Katalysator); auch wenn ein Staat eine gewisse Vorreiterrolle spielt, sind die Probleme global keineswegs beseitigt (Beispiel: FCKW- und andere Emissionen); auch wenn der Ost-West-Konflikt nicht mehr existiert, so sehen wir nur umso deutlicher den Konflikt zwischen Industrieländern und Rohstofflieferanten und die Konflikte zwischen ethnischen Gruppen; auch wenn eine Chance besteht, daß die chemischen Waffen und ein Teil der atomaren Waffen abgerüstet werden, so bleibt doch das Problem ihrer Vernichtung und ihrer Nichtweiterverbreitung, und außerdem verlieren diese Waffen nur deshalb ihre Bedeutung, weil vor dem Hintergrund eines gewandelten Feindbildes und neuer militärischer Strategien nun ganz andere Waffen interessant werden: "smart weapons", die "intelligenten" Waffen, der Golfkrieg war der Beginn ihrer Hochkonjunktur; ganz zu schweigen davon, daß das von vielen für tot gehaltene teuerste Waffenprojekt der Welt, SDI, unter veränderten Namen und Zielvorgaben weitergeführt wird, zumal es durch den "erfolgreichen" Einsatz der Patriot-Raketen in Israel großen Aufschwung erfahren hat und die Nachfrage nach solchen Waffensystemen in aller Welt enorm gestiegen ist.

Die Bekämpfung ökologischer Probleme ist von der Wahrung des Friedens und von der notwendigen Abrüstung nicht mehr zu trennen, warum, das brauche ich wohl hier nicht auszuführen. Ebenso sind die globalen Probleme im nationalstaatlichen Rahmen nicht zu lösen. Hier haben die Naturwissenschaftler, die traditionell internationale Verbindungen unterhalten, Verantwortung und Chance zugleich. Überdies ist es wichtig, daß Regierungen durch unabhängige und engagierte Wissenschaftler kontrolliert werden; die Warnung "Wissenschaftler, bleib bei Deiner Wissenschaft und mische Dich nicht in die Politik ein" ist erstens völlig undemokratisch, widerspricht zweitens der besonderen Verantwortung der Wissenschaftler, trifft drittens nicht, weil Wissenschaftler ja durchaus auf der Basis der Erkenntnisse ihrer Wissenschaft Stellung nehmen können und insofern dem Gebot sogar nachkommen, und wäre viertens moralisch überhaupt nur dann gerechtfertigt, wenn die Regierungen Unfehlbarkeit für sich beanspruchen könnten.

In Berlin soll deshalb eine internationale Vereinigung "International Scientists and Engineers for Global Responsibility" gegründet werden, oberflächlich gesehen nach dem Vorbild der IPPNW. Sie soll getragen werden durch Organisationen wie die "Union of Concerned Scientists" (USA), die "Scientists Against Nuclear Armament" (GB) und durch Einzelpersonen (aus Ländern, in denen es keine entsprechenden Organisationen gibt, darunter viele Entwicklungsländer). Aus Deutschland sind die Naturwissenschaftler-Initiative "Verantwortung für den Frieden" und das "Forum Informatiker für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung" (FIF) an der Gründung beteiligt; diese Organisationen bereiten auch den Kongress vor. Eine Besonderheit des Berliner Kongresses ist die große Anzahl von Wissenschaftlern aus Osteuropa und den Entwicklungsländern, und wie auf früheren Naturwissenschaftler-Friedenskongressen wird es auch diesmal wie-

der für jeden genügend Gelegenheit geben, diese Wissenschaftler im persönlichen Kontakt kennenzulernen: eine Erfahrung, die das Verständnis für die Probleme anderer Länder wesentlich fördern kann und oftmals wichtiger Ausgangspunkt für eigenes Engagement ist.

An alle, die dies lesen, möchte ich den folgenden Appell richten: jeder, der heute studiert, sollte sich dessen bewußt sein, daß er die Auswirkungen der globalen Probleme wohlmöglich noch am eigenen Leibe schmerzhaft erfahren wird. Man mag vor dieser Erkenntnis die Augen verschließen und sich in die betäubte Gesellschaft einreihen, vor allem, wo nach dem Golfkrieg alles entweder so klar oder aber so schwierig geworden zu sein scheint und die Bemühungen der Friedensbewegung um Jahre zurückgeworfen sind, wo andererseits die Forderungen zum Schutz der Umwelt sich in jedem Wahlprogramm finden und daher "in guten Händen" zu sein scheinen. Sich einlullen zu lassen oder an der Lage zu verzweifeln, das sind aber die schlechtesten Reaktionen; je mehr Leute sich dagegen wehren und sich engagieren, desto erfolgreicher werden die oben genannten Initiativen sein.



Wer mehr Informationen über den Kongress oder über die Naturwissenschaftler- und Informatikerinitiativen haben möchte oder wer eine Mitfahrgelegenheit nach Berlin sucht oder bietet, der möge sich wenden an: F.-V. Kuhlmann, INF 288, Zi. 109, T 562684 (d) u. 473304 (p).

Heidelberg, den 15. November 1991

Sehr geehrte Damen und Herren.

betr.: Gespräch zum Studierendenticket am 6.11. in Heidelberg.

Aus dem Gespräch ergab sich für uns Studierende der FSK der Eindruck, daß das größte Hindernis bei der Einführung des Studierendentickets in der womöglich mangelnden Akzeptanz eines erhöhten Semesterbeitrages durch einen Großteil der Studierenden liegt.

Vor allem erwarten wir von den BewohnerInnen der inneren Stadtteile Ablehnung, wo wir aufgrund der Wohnstatistik von einem Anteil von 7200 Studierenden ausgehen, die praktisch nur zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind. Des weiteren ermittelten wir einen Gesamtanteil von etwa 4200 gelegentlichen Nutzern, die auch nur teilweise von einem Halbjahresticket profitieren könnten.

Gefragt war nun eine Lösung, die diesem Personenkreis Vorteile bringt, ohne die Gesamtkalkulation für das Semesterticket zu gefährden. Wir kamen zu folgendem Ergebnis und bitten Sie, dies in Ihre weiteren Berechnungen einzubeziehen, da wir dadurch das Akzeptanzproblem gelöst sehen:

Wie vorgeschlagen wird ein erhöhter Semesterbeitrag von 15 bis 20 DM obligatorisch erhoben und bildet den Grundstock für den freiwilligen Ankauf einer Semesterkarte für z.B. 70 bis 100 DM.

Zusätzlich - und dies ist das Neue und Entscheidende - soll jede/r Studierende Einzelfahrscheine für den halben Preis kaufen können.

Kostenaufstellung für Mannheim

Unsere Berechnungen für Mannheim ergaben:
(gemäß dem uns vorliegenden Angebot der Mannheimer Verkehrsbetriebe MVG, das an der Hörder-Umfrage orientiert war)

IMPRESSUM

UNIMUT - Zeitung an der Uni Heidelberg

Nr. 47 21. November '91

UNIMUT erscheint: alle 2 Wochen(?)

Redaktionsschluß: Montags, 14⁰⁰ Uhr

Mitarbeit diesmal: Achim Jens Christian
Matthias Tobias Peter
Gerald Maximilian Till u.a.

Druck: Druckwalze GdB

Auflage: 2500

LeserInnen-Beiträge: sind jederzeit erwünscht & sollten nur in Ausnahmefällen 2 DIN-A-4-Seiten überschreiten.
Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die Autor(in) verantwortlich! Die Redaktion behält sich sinnvermehrnde Kürzungen und kostenlose, orthographische Dienstleistungen vor!

v.i.S.d.P.: F(ach)S(chäfts)K(onferenz)
Lauerstraße 1
6900 Heidelberg
Tel.: 06221/542456/7

Im MVG-Gebiet wohnen demnach 7500 Studierende, davon fahren 16,6% regelmäßig, 35,9% gelegentlich mit dem ÖPNV. Die regelmäßigen Nutzer würden sich wohl ein Halbjahresstudii-Ticket kaufen, die gelegentlichen Nutzer würden für den halben Fahrpreis fahren. Im folgenden betrachten wir nur die Unterdeckung durch die gelegentlichen Nutzer:

7500 * 35,9 % = 2693 gel.Nutzer
2693 * 8 Fahrten/Monat * 4,5 Monate * 0,90 DM Unterdeckung = 87253,20 DM Unterdeckung durch den halben Fahrpreis.
Geteilt durch 13000 Studierende ergibt dies 6,71 DM pro Studierende(n) und Semester.

Im VRN-Gebiet werden 4667 gelegentliche Nutzer angegeben und die Einzelfahrscheine nach Preisstufen aufgliedert:

Mannheim	
Wabe	Unterdeckung
Großwabe MA 2693*8*4,5*0,90 =	87253,20 DM
Preisstufe 3 950*4*4,5*1,82 =	31122,00 DM
Preisstufe 4 700*1*4,5*2,75 =	8662,50 DM
Preisstufe 5-7 324*1*4,5*3,55 =	5175,90 DM
Summe	132213,60 DM

also 10,17 DM pro Studierende(n) und Semester.

Kostenaufstellung für Heidelberg

Den Berechnungen für Heidelberg wurde die Wohnstatistik der Studierenden zugrundegelegt:
Hierbei haben wir für die Bewohner der Stadtteile Altstadt, Bergheim, Weststadt, Neuenheim und Handschuhsheim (ohne Altstadtbewohner, die im Theoretikum und Handschuhsheimer, die in der Altstadt studieren) angenommen, daß sie nur zu Fuß gehen oder Rad fahren. Dies sind 7209.

Von den übrigen Bewohnern der Großwabe Heidelberg ergab sich (nach großzügigen Schätzungen in den jeweiligen Stadtteilen) ein Durchschnittswert von 55,8 % gelegentlichen Nutzern, also 2586.

Von den 28596 Studierenden wohnen 11845 im HSB-Gebiet. Die Unterdeckung durch halben Fahrpreis für die gelegentlichen Nutzer beträgt (analog zur MVG-Berechnung) für das HSB-Gebiet:

2586 gel.Nutzer (21,8%) * 8 * 4,5 * 0,90 DM = 83786,40 DM, verteilt auf 28596 also 2,93 DM/Studierendem und Semester.

Im VRN-Gebiet wohnen 21096 der 28596 Studierenden.

In den Waben um Heidelberg nahmen wir einen erhöhten Anteil von über 30 %, abnehmend bis zu 10 % im restlichen Gebiet, gelegentliche Nutzer an, also zusätzlich 1851 und somit insgesamt für das VRN-Gebiet 4437. Bei der Berechnung der Unterdeckung wurde die gleiche Verteilung in den Preisstufen angesetzt wie im MVG-Angebot:

Heidelberg	
Wabe	Unterdeckung
Großwabe HD 2560*8*4,5*0,90 DM =	82948,80 DM
Preisstufe 3 905*4*4,5*1,82 DM =	29652,60 DM
Preisstufe 4 666*1*4,5*2,75 DM =	8236,20 DM
Preisstufe 5-7 306*1*4,5*3,55 DM =	4890,80 DM
Summe	125728,40 DM

Verteilt auf alle Studierende ergibt dies 4,40 DM pro Semester.

Beide Beträge, die 2,93 DM für das HSB-Gebiet und die 4,40 DM für das VRN-Gebiet sind so niedrig, daß sie ohne weiteres im erhöhten Semesterbeitrag von 15-20 DM unterzubringen sind. Die Verbilligung der Einzelfahrscheine wäre eine Möglichkeit, die allen Studierenden nutzt und dabei die Akzeptanz des Studi-Tickets beträchtlich erhöhen würde, zudem zu einem geringen Mehraufwand.

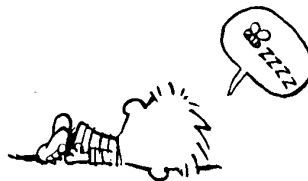
Da wir das Semesterticket für eines der besten Mittel zur Verbesserung der Heidelberger Verkehrssituation halten und es überdies die Mobilität der Studierenden gewaltig erhöht, sollte es auf keinen Fall an der mangelnden Akzeptanz durch die Studierenden scheitern.

Wir hoffen daher um Aufnahme unseres Vorschlages in Ihre Berechnungen und Ihr Angebot.

mit freundlichen Grüßen

Christian Weiss für die FSK

Kommunalreferat der FSK:
Götz Taubert, Tel. 303898
Michael Grub 411705
Christian Weiss 485231



Endlich wieder
Sommer!!

Die nächste Sommeruni wirft schon wieder ihre Schatten voraus. Exakt zwei Jahre, nachdem das Politbüro und das ZK der SED die Segel gestrichen hat, trifft sich der neue Sommeruni-AK zum ersten Mal. Für alle, die die Daten nicht mehr so genau im Kopf haben: Das war am 3.12.89. Dieses Jahr am gleichen Tag um 20 Uhr im KASTRA geht es auf jeden Fall um die Sommeruni Nummer 4. Und das ist ja wohl echt originell, oder ist es nicht sogar echt geil ????

unimut

ZEITUNG an DER UNI HEIDELBERG

Nr.47

22.11.91

"Studi-Ticket"

Drei Modelle in der Diskussion

Am 6.11. fand auf Einladung der Uni ein erstes größeres Gespräch zum Thema Studierendenticket unter Teilnahme von Studentenwerk, VRN, HSB, FSK und "Asta" der PH statt. Dabei standen drei Modelle zur Diskussion:

im Studentenwerksgesetz bei Beträgen einer solchen Höhe und die Akzeptanz durch die Studierenden. Obwohl dieses Modell das billigste und ökonomisch sinnvollste wäre, scheidet es damit vorläufig wahrscheinlich aus.

schaftung beansprucht. (Auch im Neuenheimer Feld wird es in den nächsten Jahren kein Umsonst-Parken mehr geben.)

1.) Solidarmodell

Alle Studierenden bezahlen über den Semesterbeitrag obligatorisch einen Betrag von 60-100 DM pro Semester. Dafür wäre der Studi-Ausweis Fahrausweis für den öffentlichen Nahverkehr im Großgebiet Rhein-Neckar (inklusive Mannheim, Ludwigshafen, Speyer, Wiesloch...). Das Problem hierbei sind die hohen Forderungen der Verkehrsbetriebe von 100 DM pro Semester, die unklare Rechtslage

2.) Freiwilligkeitsmodell

Die Uni handelt mit dem VRN einen Sockelbetrag aus, der an die Verkehrsbetriebe bezahlt wird. Dafür stellt der VRN stark verbilligte Semesterkarten (80-100 DM) für das gesamte VRN-Gebiet zur Verfügung. Den Sockelbetrag würde die Uni durch Parkplatzbewirtschaftung finanzieren, wobei das aber bisher noch nicht möglich ist, da das Land den Überschuss aus der Parkplatzbewirt-

3.) Mischmodell

Als wahrscheinlichstes hat sich ein Mischmodell konkretisiert, das im abgedruckten Brief der FSK an den VRN konkret ausformuliert ist: Dieses sieht vor, daß der Sockelbetrag durch einen erhöhten Semesterbeitrag um 15 DM und eventuell durch Parkplatzgebühren finanziert wird und man sich dann freiwillig für 80-100 DM ein Halbjahres-VRN-Ticket kaufen kann.

Dabei sieht die FSK noch das Problem, daß Studierende, die sich kein Ticket kaufen, 15 DM bezahlt hätten, ohne eine Gegenleistung dafür zu bekommen, was auch hier die Akzeptanz fraglich erscheinen läßt. Deshalb schlagen wir vor, daß bei diesem Mischmodell die Benutzung des ÖPNV für alle Studierenden zum halben Preis möglich sein soll. Dieser Zusatzvorschlag würde den Semesterbeitrag nur um zusätzlich 3-5 DM verteuern, was in keinem Verhältnis zum Nutzen steht. Wir gehen davon aus, daß dieser Vorschlag in das Gesamtpaket aufgenommen wird und somit vielleicht schon im Sommersemester 1992 mit dem Studi-Ticket zu rechnen ist.

IX. Gesundheitspolitischer Kongreß

Vom 6.12. bis 8.12. findet in Heidelberg der IX Gesundheitspolitischer Kongress statt. Der Kongress wird seit 1984 als Forum der kritischen Auseinandersetzung mit unserem Gesundheitswesen und unserer Ausbildung veranstaltet. So haben diesmal die Medizin-Fachschaften aus Heidelberg und Mannheim die Organisation übernommen. Also, unser Thema lautet:

GRENZ-FALL

- ...in Europa
- ...zwischen Schul- und anderer Medizin
- ...zwischen rechter und linker Gehirnhälfte

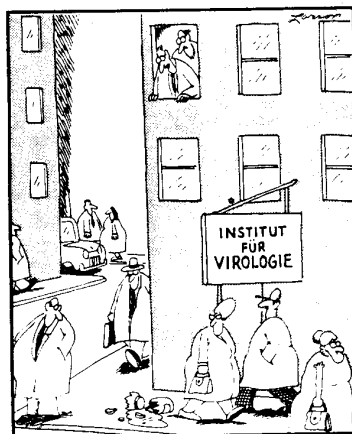
Zu diesen drei Themenblöcken finden am Samstag und Sonntag u.a. folgende Arbeitsgruppen statt.

Themenblock Europa:

Pflegebedingungen
Abtreibungsrecht
Gentechnologie I
Medizinstudium
Big brother Gesundheitswesen

Themenblock Alternative Medizin:

Einführung in die Homöopathie
Symbolik von Krankheit
Psychosomatik: Leib-Seele Probleme



„Oje!“

Themenblock Gehirnhälfte:

Pharmaindustrie und 3. Welt
Sexueller Mißbrauch von Kindern
Gentechnologie II

Am Freitagabend, den 6.12. wird der Kongress mit Rede und Kulturprogramm eröffnet, weiter ist am Samstagabend eine Podiumsdiskussion in Planung. Genauere Infos folgen. Kommt in Scharen!

INHALT

- "Studi-Ticket" - Drei Modelle in der Diskussion
- IX. Gesundheitspolitischer Kongreß
- Asylpolitik - Ursachen der Flüchtlingsbewegungen werden "ausgeblendet"!
- "Challenges" - Kongreß zur Verantwortung der Wissenschaft
- ASYL - Betroffene berichten
- Kraichgauer Wehrsportgruppe - nur "Indianerspielereien" ?
- Uni ganz rechts - Zur Geschichte rechtsextremer Hochschulgruppen
- LHG: "Arroganz als "Basis" - Demokratie als Fragment"
- Kontrapunkt - Kurze Antwort des Kommunalreferats
- FSK-Konzept zum "Studi-Ticket"
- Offener Brief der FSK/Kommunalreferat an den VRN
- Sommeruni - konstituierende Sitzung

Endlich reden die, die wissen, worum es geht

Als ich vor der Veranstaltung vor der Mensa Flugblätter verteilte, habe ich mehrfach zu hören bekommen: "Asyl? - brauch ich nicht, ich bin doch Deutscher!" Dieser Zynismus allein ist Grund genug, sich in Deutschland mit dem Thema Asyl auseinanderzusetzen. Aber auch viele Deutsche, die sich für "betroffenen" und "tolerant" halten, haben oft keine oder manchmal fast zynisch falsche Vorstellungen von dem, was Asylsuchende in ihren Heimatländern und dem sogenannten "Gastland" Bundesrepublik erleben mußten. Ein Beispiel hier für ist eine bestimmt nicht böse gemeinte Frage während der Diskussion am Freitag abend, als nämlich der (anerkannte) Asylantrag aus dem Iran gefragt wurde, warum er nicht zurück in den Iran gehe, es müßte doch dort gegen das Terrorregime gekämpft werden - wenn die Opposition dort nicht physisch ausgerottet würde, würde sie nicht nach Deutschland fliehen und sich als "Wirtschaftsflüchtlinge" beschimpfen und bedrohen lassen. Darüberhinaus haben Deutsche mit dem Einfluß, den sie auf ihre, das Mullah-Regime stützende Regierung ausüben können, wesentlich mehr Einfluß auf die Verhältnisse im Iran als die dort lebenden Menschen.

Da die Veranstaltung zwar mit 70 Leuten ziemlich gut besucht war, aber eben doch viele Freitag abends keine Zeit haben, fasse ich die wesentlichen Punkte der Berichte der drei Menschen auf dem Podium im folgenden zusammen:

AusländerInnenfeindlichkeit auf Juristisch

Zunächst berichtete ein Mitarbeiter von amnesty international (Jura- Student) von der rechtlichen Situation von Asylsuchenden. Einmal mehr erinnerte er daran, daß in der Nazizeit 800.000 Deutsche im Ausland Asyl gefunden hatten, viel mehr jedoch es nicht schafften, u.a. weil sie als "Wirtschaftsflüchtlinge" diskriminiert wurden. Daher wurde ins Grundgesetz der berühmte Asyl-Artikel aufgenommen, der nicht ein Bleiberecht für alle, sondern ein Recht auf eine rechts staatliche Überprüfung jedes Einzelfalles und ein Bleiberecht für politisch Verfolgte bedeutet. Natürlich ist der Begriff "politisch" hier interpretationsbedürftig - in letzter Zeit wird er von den Gerichten immer enger ausgelegt. Das geht soweit, daß Terror, den ein Staat in einem Bürgerkrieg ausübt, nicht als politisch, sondern "militärisch" angesehen wird - und somit als Asylgrund entfallen soll.

Das Asylverfahren:

Beim Überschreiten der Grenze muß ein Flüchtling sofort sein "Asylbegehren" äußern, meist in einer 5-10-minütigen Anhörung beim Bundesgrenzschutz (wenn dort überhaupt Englisch, geschweige denn andere Fremdsprachen, gesprochen werden). Oft wird danach eine Unterschrift verlangt, daß alle Fluchtgründe genannt wurden, und aus der völlig logischen Unvollständigkeit der Angaben später vor Gericht ein Ablehnungsgrund gemacht. Eine weitere etwa halbstündige Anhörung findet vor dem Bundesamt zur Anerkennung von Asylsuchenden statt. Dieses kann An-

Zu diesem Thema veranstaltete der Antifa-AK der Fachschaftskonferenz (FSK) am Freitag, 8.11., dem Vorabend des Pogrom-Gedenktages, in der Neuen Uni eine Diskussion. Dies ist der erste Teil eines Artikels über diesen Abend. Der zweite Teil erscheint, wer hätte das gedacht, im nächsten UNIMUT.

träge als "offensichtlich unbegründet" abweisen, gegen die Abschiebung hilft dann nur noch ein Eilantrag beim Verwaltungsgericht, Frist: 1 Woche. Wird dieser Antrag abgelehnt, folgt die Abschiebung. Vor diesem Hintergrund ist die Formulierung, den Asylsuchenden stünden "alle Rechtsmittel offen", wie es das Grundgesetz im Rechtsstaatsprinzip für alle Menschen fordert, eher fragwürdig. Noch fragwürdiger aber sind die Versuche, das Grundgesetz so zu ändern, daß den Asylsuchenden noch weniger Rechtsmittel eingeräumt werden. Fast so absurd ist übrigens der Lafontaine-Vorschlag, "Ländernegativlisten", also Listen von Ländern, wo keine Verfolgung herrsche und aus denen deshalb niemand aufgenommen werden dürfe, einzuführen. Aus solchen Ländern flieht halt eben auch niemand. Bzw.: Um auf diese Weise die Zahl der Asylanträge zu verringern, müßten entweder der Iran, der Libanon, Jugoslawien oder Sri Lanka als "verfolgungsfreie Rechtsstaaten" definiert werden, zumindest dem Zynismus sind in Deutschland derzeit keine Grenzen gesetzt.

Der Sozialdienst des Frankfurter Flughafens

Auch die zweite Referentin war eine Deutsche. Der Grund hierfür liegt einfach darin, daß bereits solch ein Bericht von den Ausländerbehörden als "politische Betätigung" angesehen werden kann und somit für nicht-Deutsche ein Ausweisungs-Risiko bedeuten kann. Menschen mit laufendem Asylverfahren ist es sogar völlig unmöglich, weshalb wir auch davon abgesehen haben, BewohnerInnen von Asylantragswohnheimen einzuladen.

Die Referentin arbeitet, wie in der Absatzüberschrift angedeutet, beim Sozialdienst des Frankfurter Flughafens. Diese Institution wurde von der Flughafen-AG in den 70er Jahren mit dem Ziel gegründet, Behinderte, Alte und sonstige für Geschäftsreisende unansehnliche Menschen von den Aufenthaltsbereichen jener fernzuhalten. Die Betreuung bzw. Unsichtbarmachung von Flüchtlingen steht seit Mitte der 80er Jahre im Vordergrund der Arbeit, zur Zeit kommen pro Tag etwa 150 Asylsuchende.

Die 4 Hürden vor dem Asylverfahren

Ein weitverbreitetes Vorurteil (ich mag nicht schon wieder zynisch sagen) ist, die AsylantragsInnen "bräuchten sich ja bloß ins Flugzeug zu setzen und hier ihren Antrag zu stellen". Tatsächlich gibt es mindestens vier für fast alle Verfolgten unüberwindliche Hürden, bis es zu einem Asylverfahren kommen kann:

- rauskommen: Die Flucht kostet in etwa

30.000 DM für Bestechung und falsche Papiere, und ist in vielen Ländern übrigens selbst nur unter Lebensgefahr möglich (wer erinnert sich noch an die DDR?). Ein Flugticket ist für die meisten Menschen ein so absurder Luxus wie der private Besitz von Automobilen der S-Klasse - auch dies läßt ahnen, was Menschen aufbringen müssen, um nach Europa zu fliehen, sofern wir unsere euroluxuszentrierte Sichtweise für einen Moment aufzugeben versuchen.

- das Flugzeug verlassen: Obwohl die Fluggesellschaften an jedem Flüchtling sogar den doppelten Flugpreis verdienen (Welche Diktatur verkauft Einweg-Tickets?), wenn sie ihn in das FLuchtland bringen, werden trotzdem oft Flüchtlinge im Flugzeug festgehalten. Dies liegt an Strafandrohungen gegen Fluggesellschaften, die AsylantragsInnen nach Deutschland bringen. Z.B. wird gedroht, die Fluggesellschaften die Kosten des Asylverfahrens tragen zu lassen - eine eher perverse Anwendung des Kausalitätsprinzips.

- der "Vorcheck" des BGS: direkt nach Verlassen des Flugzeuges kontrolliert der BGS auf potentielle AsylantragsInnen: wer hier nicht "korrekte" Papiere hat (was einer Erlaubnis zum Mauer-Überklettern mit Stasi-Stempel entspräche) bzw. rechtzeitig und möglichst auf Deutsch "Ich will Asyl!" o.ä. sagen kann, wird sofort zurückgeschickt. Bei diesen letzten zwei Hürden kann der Sozialdienst helfen, wenn er von bereits in Deutschland lebenden Angehörigen rechtzeitig informiert werden konnte. Er kann verhindern, daß Menschen im Flugzeug festgehalten werden und dafür sorgen, daß sie genug Zeit und Ruhe bekommen, "das Asylbegehren zu äußern", all dies geschieht jedoch in ständiger Konfrontation mit dem BGS, der andere Prioritäten setzt. Wer das Flughafengebäude erreicht hat, wird in einer gekachelten ehemaligen Lagerhalle (80 Betten für ca 150 Menschen, 2 Räume weder nach Geschlecht noch Alter, Nationalität und Alter getrennt, kein Ausgang, kein Kontakt nach draußen, medizinische und anwaltliche Betreuung nur auf Intervention des Sozialdienstes) für einige Tage festgehalten. Nach einer erkenntnisdienlichen Behandlung (auch dies wie im Knast) werden sie dann irgendwann zur 4. Hürde geführt: - das offizielle erste Vorbringen des Asylgesuchs: Ursprünglich war dieses "Interview" nur gedacht als erste Registrierung, mittlerweile müssen bereits hier alle Gründe für die Flucht angegeben werden, um nicht im Gerichtsverfahren chancenlos zu sein (s.o.). Hier kann es passieren, daß der Beamte dem Flüchtling sagt "das ist doch gar kein richtiger Antrag!" oder ihn unter sonst einem Vorwand in das nächste Flugzeug nach London zu steckt. Dies ist zwar völlig illegal, aber auch unkontrolliert. Auch der Sozialdienst hat hier keinen Zugriff. Nur wer auch hier Glück hat bzw. doch einen Sozialdienst-Menschen im Rücken hat, kann die wenigen Rechtsmittel des weiteren Verfahrens in Anspruch nehmen.

Matthias



Kraichgauer Wehrsportgruppe - Nur "Indianerspielereien"?

Neonazis in Heidelberg vor Gericht

Der Hintergrund

Im Mai 1989 wurde die Polizei im Rahmen einer Hausdurchsuchung bei einer einschlägig bekannten Person im Rhein-Neckar-Kreis durch ein Fotoalbum auf die Wehrsportgruppe "Werwolf Baden, 2. Sturm Sinsheim" aufmerksam. Anhand der Fotos ermittelte die Polizei 13 Teilnehmer an Wehrsportübungen. Anfang September '89 (warum so spät?) wurden im Raum Sinsheim Wohnungen der Beschuldigten durchsucht. Neben Fahnen, Uniformen, Hakenkreuzabzeichen fand die Polizei ein erschreckendes Arsenal an Waffen und Munition.

Am 31.10.91 fand schließlich vor dem Jugendschöffengericht Heidelberg der 2. und letzte Verhandlungstag gegen die Wehrsportgruppe statt. Angeklagt waren 4 Mitglieder: Matthias S., Frank B., Michael S. und Jens D..

Während Matthias S. eher ein "kleiner Fisch" in der rechtsradikalen Szene zu sein scheint, waren die anderen 3 Angeklagten vor Gericht wegen diverser Straftaten bereits einschlägig bekannt. Das Landgericht Karlsruhe sprach am 21.10.87 wegen der Verbreitung von Nazi-Propagandamitteln, Volksverhetzung und Verwendung von Kennzeichen verfassungsförderlicher Organisationen unter anderem eine Jugendstrafe von 9 Monaten zur Bewährung aus. Damals waren die drei Nachwuchs-Nazis noch in der neonazistischen Gruppe "Werwolf 21" aktiv, aus der später die Wehrsportgruppe "Werwolf" hervorging.

Die Angeklagten

Im Sept. '89 wurden bei Frank B. neben einer Panzerfaust, einer Gewehrgranate, einer Werfergranate, diversen Hieb- und Stichwaffen und Uniformen mit NS/SS-Abzeichen eine Reihe von Propaganda-Zeitschriften beschlagnahmt, darunter der "NS-Kampfruf", der vom Chef der NSDAP-AO (Auslandsorganisation) Gary Rex Lauck (USA) vertrieben wird, und zwei Exemplare der Publikation "Neue Front" - Zeitschrift der Aktionsfront

Nationaler Sozialisten (ANS), bzw. der Freiheitlichen Deutschen Arbeiter Partei (FAP) um den verstorbenen Michael Kühnen.

Frank B. stand bereits mehrmals wegen Diebstahlsdelikten vor Gericht und wurde 1988 in Frankfurt wegen Landfriedensbruchs verurteilt. Damals hatte er auf Einladung der sogenannten "Tanusfront" mit über hundert anderen Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet an einer Veranstaltung teilgenommen, die unter dem Motto "Tag des Bieres" stand. Im Verlauf dieser Veranstaltung wurde ein Kebab-Stand von ca. 50 Personen angegriffen und verwüstet.

Der 2. Angeklagte, Michael S., hatte ebenfalls ein beachtliches Waffenarsenal angesammelt. Die Polizei fand bei einer Hausdurchsuchung 1 Panzerfaust, 2 Karabiner, 1 Gewehr, 4 Gaspistolen, 1 Handgranate, 2 Bajonette, 2 SS-Dolche, 4 HJ-Messer und ein Notizbuch mit einer "schwarzen Liste" von Adressen der Grünen im Raum Sinsheim.

Der dritte im Bunde, Jens D., wurde 1990 wegen schwerer Körperverletzung in 4 Fällen angeklagt. In Heidelberg-Wieblingen fielen er und ein Freund namens Bernd W. (genannt "SS-Bernd") im Februar auf, als sie im Vorraum einer Kirche Bilder und Plakate mit nationalsozialistischen Parolen aufhängten und anschließend, als der Pfarrer die Kirche betrat, zwischen die Bankreihen urinierten und einigen Kirchenbesuchern Schläge androhten.

Die beiden Freunde waren außerdem an Ausschreitungen während einer Abifeier an einer Grillhütte in Brühl 1989 beteiligt. Bernd W. wurde wegen dieser und anderen Straftaten vom Jugendschöffengericht HD zu einer Jugendstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten verurteilt.

Quellen/Hintergrundmaterial:

RNZ, 28.10.91, 2.11.91
Siegfried Jäger: Rechtsdruck - Die Presse der neuen Rechten
Kurt Hirsch: Rechts von der Union

Deutsche Justiz - Auf dem rechten Auge sehbehindert ?!

Gemessen an diesem Strafmaß fielen die Urteile im aktuellen Heidelberger Prozeß sehr milde aus. Matthias S. wurde dazu "verurteilt, einen Aufsatz zum Thema "Wie sehe ich heute meine Zugehörigkeit zu einer rechtsradikalen Gruppe?" zu schreiben. Zwei der Angeklagten erhielten Geldstrafen in Höhe von 300.-, bzw. 800.- DM. Der Hauptangeklagte Frank B. wurde zu einer Geldbuße von 1800.- DM und einer relativ geringen Freiheitsstrafe von 9 Monaten verurteilt. Da in seinem Falle zudem ein Bewährungsbruch vorlag, faßte das Gericht alte und neue Strafen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von einem Jahr (!) zusammen, die wiederum zur Bewährung ausgesetzt wurde! (Mengenrabatt?)

Angesichts der Waffen- und Propagandamaterialfunde und der langjährigen organisierten Aktivitäten können an den neofaschistisch-militaristischen Absichten der Gruppe wohl kaum Zweifel bestehen. Der Mannheimer Rechtsanwalt, der einen der Angeklagten verteidigte, leistete sich trotz der bekannten Hintergründe einige (bewußte?) Fehltritte, als er die Wehrsportmanöver als "Indianerspielereien" zu verharmlosen suchte. Man solle den faschistischen "Dummheiten" der Gruppe "heiter und gelassen begegnen". Zwar folgte das Gericht den Ausführungen des Anwalts nicht, doch bewies es mit seinen vergleichsweise milden Urteilsprüchen stellvertretend für die gesamte bundesdeutsche Justiz, daß diese auf dem rechten Auge traditionell blind ist. Der Griff zum § 129 a (organisierte Kriminalität, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) bleibt dem linken TäterInnenspektrum vorbehalten. Da reicht dann auch schon mal ein Farbei-Wurf, um als Unterstützer oder Mitglied einer terroristischen Vereinigung gelten.

Tobias Köhler

Uni ganz rechts Zur Geschichte rechtsextremer Hochschulgruppen

Die vorerst letzte Veranstaltung der Vortragsreihe des AK Antifa der FSK beschäftigt sich mit der Geschichte und den derzeitigen Aktivitäten der rechtsextremen Hochschulgruppen. Gerade in Heidelberg tat (tut?) sich einiges in diesem Bereich. Als Beispiel sei nur der am 17. Juni 1956 in Heidelberg gegründete "Bund Nationaler Studenten" (BNS) genannt. Gründungsmitglieder waren u.a. Martin Mußnug (bis vor kurzem Bundesvorsitzender der NPD) und Peter Dehous (heute Herausgeber der rechtsextremen Zeitschrift "Nation und Europa"). Gehalten wird der Vortrag von dem Journalisten Anton Maegerle (Duisburg). Stattdessen wird die Veranstaltung am 28.11. um 20 Uhr im Hörsaal 4 der Neuen Uni.



Das Heidelberger Bündnis für Asyl und gleichberechtigtes Zusammenleben, zu dem sich zahllose Initiativen und Gruppierungen, darunter die FSK, die Grünen, die ÖTV, die GEW, der DGB-Kreisverband Rhein-Neckar und die SPD zusammengeschlossen haben, ruft auf zu einer

Demo

die unter dem Motto steht:
"Gegen Fremdenhaß und Gewalt - Für die volle Gewährung des Asylrechts"

am 28.11.91, 17 Uhr Bauhaus, 18 Uhr Kundgebung Kornmarkt

RAFSG-Beratung im KoStra WS 91/92

Mittwochs, 13:15 - 14:00
Martin Brandwein
Donnerstags, 13:00 - 15:00
Andrea Suhr